

**GUTES STUDIUM!  
GUTE WISSENSCHAFT!  
GUTE ARBEIT!**

**DIE LINKE.NRW IM HOCHSCHULWAHLKAMPF**



**INFORMATION ZU DEN WAHLKAMPFFORDERUNGEN**

## **Liebe Genossinnen und Genossen,**

es ist mal wieder so weit – der nächste große Wahlkampf hat begonnen. Wie angekündigt und vom Landesrat beschlossen, wird sich auch DIE LINKE.NRW in den Wahlkampf an den Hochschulen begeben. Gemeinsam mit Euch vor Ort wollen wir die haltlosen Wahlversprechungen und die wahren Zielsetzungen der anderen Parteien im Hochschulwesen offenlegen. Vorrangig wollen wir aber *unsere* Ziele und Zukunftsvorstellungen für ein sozial gerechtes, inklusives Hochschulsystem in die gesellschaftliche Diskussion einbringen.

Viele von Euch wissen, dass NRW das mit Abstand an Studierenden reichste Bundesland (ca. 644.000<sup>1</sup> Studierende) ist. In NRW existieren 70 Hochschulen. Davon sind 37 staatlich und auf 39 verschiedene Hochschulstandorte verteilt. In diesem Jahr werden zum Wintersemester erstmals flächendeckend Numeri Clausi (NCs) an den Hochschulen gelten, die Abiturient\_innen mit einem teilweise gar sehr gutem Abitur das Studium ganz normaler Studiengänge verwehren werden. Diesen jungen Menschen wird ihr Grundrecht auf Berufswahlfreiheit genommen. Das tun die Hochschulen nicht, weil sie böswillig sind, sondern weil ihnen die Politik der vergangenen Jahrzehnte zu wenige Studienplätze aufbauen lassen und zuletzt sogar das Unternehmertum aufgezwungen hat. Resultat ist, dass Studiengänge mit schon jetzt 150-170 Prozent Auslastung definitiv keine zusätzlichen Studierenden aufnehmen können. "Gute Nacht – G8!" ein Kampagnenslogan der Landeschüler\_innenvertretung (LSV) NRW bekommt da eine ganz andere Bedeutung<sup>2</sup>.

Doch reicht Euch das zum Diskutieren mit den anderen Parteien? Was könnt Ihr als Wahlkämpfer\_innen vor Ort den Menschen zu unseren Hochschulforderungen vermitteln? Warum sollten wir und nicht die anderen gewählt werden? Was bieten wir für Lösungen an?

Das sind die Fragen, die dieses Papier klären soll. Ganz sicher können wir hier nicht auf jede erdenkliche Frage eine Antwort geben und sicher wisst Ihr das Eine oder das Andere auch ohne diese Erläuterungen. Dies Papier soll lediglich eine Hilfestellung für diejenigen unter Euch sein, die zwar was mit Hochschulen anfangen können, denen aber unsere LINKEN Forderungen und unsere Arbeit noch zum Teil fremd sind. Ob Direktkandidatin, Direktkandidat oder Wahlkämpferin oder Wahlkämpfer vor Ort, wir stehen Euch gern für Rückfragen zur Verfügung, solltet Ihr welche haben. Das Landeswahlbüro könnt Ihr für Nachfragen, Termine oder Wünsche unter [lwb@linke-news-nrw.de](mailto:lwb@linke-news-nrw.de) direkt erreichen.

## **Uns allen viel Erfolg im Wahlkampf!**



Christian Piest  
Landesvorstand DIE LINKE.NRW  
Bereich Hochschul- und Wissenschaftspolitik,  
Umweltpolitik und Queerpolitik

---

<sup>1</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt unter:  
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Hochschulen/Tabellen/StudierendeInsgesamtBundeslaender.html>

<sup>2</sup> <http://gutenachtg8.info/>

Im Wahlkampf geht nichts ohne Wahlprogramm. Deshalb möchte ich Euch zuerst im Teil A) einen, lediglich zur besseren Lesbarkeit in der Form veränderten Auszug aus dem aktuellen Wahlprogramm zum Kurzstudium mitgeben. Danach werde ich versuchen, Euch im Teil B die Kernforderungen zu erklären, in Langform und in einer wahlkampfstandfähigen Kurzform. Später im Monat wird auch noch ein hochschul- und wissenschaftspolitisches "A bis Z" folgen, welches bestimmte Begriffe und unsere LINKEN Positionen und Forderungen zu den jeweiligen Begriffen kurz erläutert.

## **Teil A) Auszug Bundesleittraktat (i. B. a. Hochschule und Wissenschaft)**

---

*Bildung ist keine Ware. Gute Bildung für alle.*

**Das bestehende Bildungssystem verschärft soziale Unterschiede**, statt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Oft wird angenommen, mittels mehr Bildung könnten soziale Missstände bekämpft werden. Doch das Bildungssystem erhält die Klassenstrukturen der Gesellschaft, statt sie aufzubrechen. **Es zementiert Privilegien und soziale Ausgrenzung, statt sie zu überwinden.** In kaum einem anderen Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über die Bildungslaufbahn wie in Deutschland.

**Für DIE LINKE ist Bildung ein Menschenrecht.** Bildung trägt dazu bei, dass Menschen ihr Leben selbstbewusst, selbstbestimmt und selbständig gestalten und gesellschaftliche Zustände kritisch bewerten und verändern können. Deshalb muss jedem Menschen der Zugang zu Bildung ermöglicht werden – ein Leben lang. Niemand darf ausgegrenzt werden, Bildungsbarrieren müssen abgebaut, Nachteile ausgeglichen werden. Gleicher Zugang zu Bildung ist eine grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. **Wir brauchen ein inklusives Bildungssystem**, das darauf ausgerichtet ist, allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von ihren sozialen und persönlichen Voraussetzungen den bestmöglichen Lernfortschritt zu ermöglichen:

- Dafür ist es erforderlich, allen Kindern von Anfang an ganztägig das gemeinsame Lernen mit anderen Kindern in Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen.
- Dazu muss die frühe Zuteilung von Bildungschancen durch ein gliederndes Schulsystem überwunden werden.
- Dazu müssen ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.
- **Dazu muss der Zugang zu höherer Bildung, also auch zum Studium bis zum Master, für alle erleichtert werden.**

**Bildung muss als öffentliche Aufgabe auch öffentlich finanziert werden und demokratisch organisiert sein.** Wir lehnen die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Bildung ab und wollen nicht, dass Bildungsinhalte und Bildungsziele einseitig nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit bestimmt werden.

- Gute Bildung kostet Geld. In Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und in der Aus- und Weiterbildung fehlt es an allen Ecken und Enden. **Wir fordern eine sofortige Aufstockung der öffentlichen Bildungsausgaben.**
- **Gute Bildung für alle zu sichern ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern.** Nur wenn sie an einem Strang ziehen, können notwendige Reformen angegangen und die nötigen Finanzmittel aufgebracht werden. Doch das ist im

Moment verboten. SPD und Union haben 2006 ein *Kooperationsverbot* für Bund und Länder in der Bildung verhängt. Das muss umgehend wieder rückgängig gemacht und eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert werden.

- Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. **Wir kämpfen für die Abschaffung von jeglichen Gebühren im öffentlichen Bildungssystem.**
- Damit Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte gut arbeiten können, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Wir kämpfen für eine **größere** Wertschätzung für die Bildungsberufe. Das betrifft auch die **Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrenden in Aus- und Weiterbildung und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Hochschulen.** Wir kämpfen dafür, dass der branchenspezifische Mindestlohn in der Weiterbildung erhöht wird, und wollen, dass die Vergabe der Arbeitsagenturen in der beruflichen Weiterbildung die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellt.
- **Bildung ohne Bundeswehr!** Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder Universitäten werben dürfen. An allen Universitäten soll mit einer **Zivilklausel** militärische Forschung ausgeschlossen werden.

#### *Eine Schule für alle*

[...] Wir fordern von der Bundesregierung **wirksame Initiativen zur Angleichung der Lehrerausbildung zwischen den Ländern.** DIE LINKE steht für eine schulformunabhängige Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer in der Sekundarstufe. [...]

#### *Hochschulen jenseits des Marktes*

Hochschulen sind zunehmend auf Wettbewerb, Markt und Elitenförderung ausgerichtet worden. Die finanzielle Ausstattung wird an marktförmige Kriterien gebunden. **Direkte privatwirtschaftliche Einflussnahme auf die Lehre und Forschungskooperationen mit Großkonzernen nehmen zu. Gleichzeitig fehlen Studienplätze, Hörsäle, Lehrende, universitäre Infrastruktur und Wohnraum für Studierende.** Die Einführung von Bachelor und Master im Zuge der Bologna-Reform hat die Studiengänge zusätzlich verschult: Studieren wird von Zeitdruck und Prüfungsstress bestimmt.

- Wir wollen eine **grundlegende Reform des Bologna-Prozesses** – weg von repressiven Studienordnungen hin zu einem selbstbestimmten, interdisziplinären und kritischen Studieren.
- Die **Studienplätze** sollen **bedarfsgerecht ausgebaut** werden: für alle Studienberechtigten, die ein Studium aufnehmen wollen. Die Studienplätze müssen so finanziert werden, dass das Betreuungsverhältnis verbessert und gute Lehre gewährleistet werden kann.
- Wir wollen die Bundesmittel aus der ehemaligen Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau für ein **Infrastrukturprogramm** einsetzen. Daraus sollen soziale Infrastrukturen wie Wohnheimplätze und Mensen sowie digitale Infrastrukturen für die Uni 2.0 finanziert werden.

Immer noch hat die soziale Herkunft einen hohen Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen ein Studium. **Die sozialen Hürden zur Hochschule wurden durch Zugangsbeschränkungen und Auswahlgespräche vielerorts sogar erhöht.** Und die Hochschulen

sind immer weniger in der Lage, ihrer Funktion als kritische Instanz gegenüber der Gesellschaft und als gesellschaftlicher Träger von unabhängiger Wissenschaft gerecht zu werden.

- Wir setzen uns für die **Abschaffung jeglicher Form von Studiengebühren** ein. Gebühren wirken abschreckend auf einkommensschwächere Schichten und drängen Studierende in vermeintlich marktnahe Studiengänge.
- Wir wollen eine **bedarfsorientierte öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen in der Breite** statt einseitiger Exzellenzförderung und ausgewählt vergebenen Drittmitteln. Nur so kann garantiert werden, dass nicht im Interesse finanzstarker Einzelinteressen und Großkonzerne sowie politischer Einzelinteressen gelehrt und geforscht wird.
- **Wir wollen die Hochschulen öffnen.** DIE LINKE setzt sich für die **Überwindung von Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen** wie NC, Auswahlgespräche, IQ-Tests oder Bewerbungsgespräche sowie für den freien Zugang zum Master für alle Studierenden im Rahmen eines **Bundesgesetzes zur Hochschulzulassung** ein. Die Studierenden sollen selbst bestimmen können, welches Fach und wo sie studieren und welchen Abschluss sie absolvieren möchten. Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Universitäts- und Fachhochschulstudiengängen erhöht werden. Hochschulstudiengänge müssen auch für diejenigen, die über eine berufliche Ausbildung gemäß dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder eine vergleichbare Ausbildung verfügen, geöffnet werden.
- Das **BAföG** wollen wir **elternunabhängig** und **bedarfsdeckend** umbauen und die **Anpassung der Höchstdauer der Zahlung an die reale durchschnittliche Studiendauer** voranbringen. Zukünftig soll das BAföG **wieder als Vollzuschuss** gezahlt werden. Angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten setzen wir uns für eine **sofortige Erhöhung um zehn Prozent** inklusive einer **jährlichen Anpassung** und für die **Abschaffung der Altersgrenzen** ein.
- DIE LINKE kämpft für die **Demokratisierung der Hochschulen**. Wir wollen stärkere Mitspracherechte für alle Beschäftigten und Studierenden. Wir wollen **bundesweit verfasste Studierendenschaften mit allgemeinpolitischem Mandat** durchsetzen. **Hochschulgremien** sollten **viertelparitätisch** besetzt werden, damit allen Statusgruppen der Hochschule die Mitbestimmung gesichert wird. Aufsichtsratsähnliche Gremien wie **Hochschulräte haben an der Hochschule keinen Platz, denn Hochschulen sind keine Unternehmen.**

### *Demokratische Wissenschaften*

Wissenschaft hat eine kritische Funktion gegenüber der Gesellschaft. Sie ist mit Kritik und Analyse von Herrschaft und Ausbeutung, von gesellschaftlichen und sozialen Missständen und Möglichkeiten zu ihrer Veränderung für soziale Bewegungen und linke Politik von zentraler Bedeutung. Und Forschungsergebnisse, Innovationen und Technologien gestalten unser Leben und die Arbeitswelt von morgen mit. **Damit neue Forschungsergebnisse und Innovationen allen zugutekommen, muss Forschung und Lehre vor einseitigen, unmittelbaren Einflüssen der Wirtschaft geschützt werden.** Auch durch finanzielle Unabhängigkeit. Und die Forschungsförderung muss auf das Ziel sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientiert werden.

DIE LINKE will die **Entscheidungen über die milliardenschwere öffentliche Forschungs- und Innovationsförderung demokratisieren** und mehr **Transparenz in die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft** bringen. Moderne Forschung ist offen. Wissen, das mit Steuermitteln erarbeitet wurde, muss allen zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für eine verpflichtende **Open-Access-Veröffentlichung** ein. Die Forschungsdaten sollen nach dem Prinzip von Open Data zugänglich sein.

- **Kooperationsvereinbarungen** und sonstige Verträge **zwischen öffentlichen Hochschulen** bzw. Forschungseinrichtungen **und privaten Unternehmen müssen offengelegt werden.**
- Wir unterstützen alle Initiativen zur **Verankerung von Zivilklauseln in den Hochschulgesetzen** sowie in einem zu schaffenden **Bundesforschungsgesetz: Forschung soll ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecke dienen.**
- Kommunen und andere öffentliche Verwaltungen, auch Krankenhaus-, Sozial- oder Nahverkehrsträger sollen zu Nachfragern von Forschungsdienstleistungen werden können.
- Die Beratungsgremien und Förderstrukturen der Bundesregierung wollen wir um Nichtregierungsorganisationen, Beschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure erweitern.

**Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen** für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. **Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden.** Die Promotion sehen wir als Einstieg in die wissenschaftliche Berufslaufbahn. Sie sollte in der Regel auf einer **tariflichen Stelle** absolviert werden, die die Arbeit an der eigenen Qualifikation in der Arbeitszeit ermöglicht. Althergebrachte Hierarchien müssen überwunden und die **Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft** muss gefördert werden.

- Befristete Arbeitsverhältnisse sollen nur für wissenschaftliche Qualifikationsprojekte und für die gesamte Dauer des Vorhabens abgeschlossen werden. **Für bessere Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Mittelbau schlagen wir ein bundesfinanziertes Anschubprogramm für 100.000 unbefristete Stellen vor.**
- Urheberrechtlich geschützte Werke sollen im Rahmen einer Ausnahmeregelung für Zwecke der Bildung, Forschung und Lehre nutzbar gemacht werden.
- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen ein **unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht** für ihre Werke bekommen, damit die Nutzungsrechte nicht exklusiv durch Verlagsunternehmen angeeignet werden können.
- DIE LINKE fordert eine verbindlich **sanktionierte Quotierung in Wissenschaftseinrichtungen**, die den Anteil von Frauen auf jeder Karrierestufe deutlich stärkt. [...]

## **Teil B) Das Bundeswahlprogramm und DIE LINKE. NRW**

---

Unseren **Hochschulwahlkampf** stellen wir in NRW dieses Jahr unter den **Slogan: Gutes Studium! Gute Wissenschaft! Gute Arbeit!** Auch die Forderungen des Leittrags lassen sich weitestgehend darunter subsumieren, sodass eine Zusammenfassung samt der erklärenden Ausführungen der bundesweiten Forderungen so aussehen würde:

### **DIE LINKE kämpft für ein "Gutes Studium"!**

- **Forderung: Gebührenfreiheit des Studiums!**

**Erklärung:** Die Gebührenfreiheit ist auch nach der von uns LINKEN hier in NRW maßgeblich vorangetriebenen Abschaffung der Studiengebühren noch lange nicht gegeben. Die Teilnahme an für den Studienerfolg wichtigen Vorkursen ist vielerorts (vor allem an Universitäten) mit zum Teil hohen Kosten für Anreise und Unterlagen verbunden. Reader und Vorlesungsskripte sind meistens selbst zu bezahlen, wie auch die in der Bibliothek nicht vorhandenen Bücher. Anmeldungen zu Sprachkursen, die Ausstellung von Sprachzeugnissen und andere Verwaltungsgebühren schlagen ebenso auf die Geldbörse der Studierenden wie auch der vielerorts als Mitnahmeeffekt erhöhte Sozialbeitrag der Studentenwerke NRW sowie die stetig steigenden Beiträge zum Semesterticket. Studieren kostet in NRW pro Semester immerhin nur an Semesterbeiträgen zwischen 200€ und 250€ je nach Hochschule.

**Kurzform:**

- 1.) Jegliche Gebühren schrecken finanziell schlechter gestellte Menschen von einem Studium ab.
- 2.) DIE LINKE.NRW hat zwar die Studiengebühren mit abgeschafft, trotzdem kostet Studieren immer noch.
- 3.) Wir wollen die "Eine Hochschule für Alle", das aber setzt Gebührenfreiheit voraus.

- **Forderung: Bundesausbildungsförderungsgesetz (kurz: BAföG) reformieren!**

**Erklärung:** Dass es hier dringend Korrekturen bedarf sollte anhand der folgenden Zahlen klar werden. Nach der 19. Sozialerhebung<sup>3</sup> des Deutschen Studentenwerks kostet ein Studium im Schnitt zwischen 562€ und 1085€ pro Monat, wobei es hier noch lokale Ausreißer eher nach oben (z.B. durch höhere Durchschnittsmieten) wie auch nach unten geben kann. Den BAföG-Höchstsatz für Höhere Fachschulen, Akademien und Hochschulen von 670€ pro Monat erhalten grundsätzlich nicht alle. Der durchschnittlich ausgezahlte BAföG-Satz für Studierende in NRW betrug im Jahr 2011 ca. 450 Euro (NRW liegt über dem bundesweiten Durchschnitt von 436€, was auf eine unterdurchschnittliche Einkommensentwicklung in NRW hin deutet<sup>4</sup>), wovon die Hälfte zurückzahlen ist. Zwar wurden von der Bundesregierung 2010 die Altersgrenzen auf 35 Jahre angehoben und die elterlichen Grundfreibeträge leicht angehoben, sodass das durchschnittliche Vorjahreselterneinkommen bei Vollgeför-

---

<sup>3</sup> Die 20. Sozialerhebung erscheint im Juni.

<sup>4</sup> [http://www.bmbf.de/pubRD/neunzehnter\\_bericht\\_bafog.pdf](http://www.bmbf.de/pubRD/neunzehnter_bericht_bafog.pdf) (vollständiger Bericht zum BAföG und den Entwicklungen)

derthen zwischen 21.346€ und 21.919€ betrug, es zeigt sich anhand dieser Zahlen aber auch, dass hier zunächst dringender Handlungsbedarf bei der Festsetzung der elterlichen Einkommensgrenzen besteht.

Unsere vordergründige Forderung aber ist die vollständige Elternunabhängigkeit von BAföG-Leistungen, die Anpassung der BAföG-Sätze an die realen vor-Ort-Lebenserhaltungskosten (z.B. in Anhängigkeit vom Mietspiegel), die Rückführung des BAföGs wieder in einen Vollzuschuss (auch Bildungsgeld genannt) und natürlich die Abschaffung der Altersgrenzen, die derzeit bedürftige Spätstudierende in voll zurückzuzahlende Studienkredite treibt. Auch die Dauer der Leistungen darf sich nicht an der willkürlich festgelegten Regelstudienzeit von sechs oder sieben Semestern im Bachelor, oder drei bis vier Semestern im Master beschränken, sondern muss sich an der wirklich zum Studium des jeweiligen Fachs an der jeweiligen Hochschule von den Studierenden benötigten Regelstudienzeit orientieren und muss zudem einen individuellen Abweichungsspielraum ohne die sogenannten Härtefallregelungen vorsehen.

**Kurzform:**

- 1.) Das BAföG soll wieder Vollzuschuss werden!
- 2.) Die BAföG-Höhe muss sich an realen Kosten vor Ort orientieren, deshalb: sofort zehn Prozent mehr BAföG und eine jährliche Anpassung der Bedarfssätze.
- 3.) Der BAföG-Empfänger\_innenkreis muss erweitert werden, indem die Altersgrenzen abgeschafft, die Elternunabhängigkeit festgeschrieben, im ersten Schritt dazu die Einkommensgrenzen der elterlichen Grundfreibeträge signifikant angehoben und der Regelstudienzeitbezug korrigiert werden.

• **Forderung: Demokratisierung der Hochschulen vorantreiben!**

**Erklärung:** Echte Mitsprache aller Mitgliedsgruppen in allen Gremien der Hochschulen erhalten wir nur über eine echte Demokratisierung des Hochschulsystems. Die als Aufsichtsräte fungierenden Hochschulräte müssen mitsamt der Unternehmenskultur der Hochschulen abgeschafft werden.

Natürlich dürfen Steuergelder nur nach dem Sparsamkeitsprinzip verausgabt werden, das ändert aber nichts an der Tatsache, dass den Hochschulen für die Ausstattung mit Studienplätzen, für Kinderbetreuung, für Lehrkräfte und für wissenschaftliches und nichtwissenschaftliches Personal einfach Geld fehlt. Zugangshürden wie der berühmt berüchtigte Numerus Clausus existieren nur deswegen. Public Private Partnerships, ja gar die Privatisierung ganzer Lehr- und Forschungszweige sind nur die Folge fehlender öffentlicher Bildungsfinanzierung. Nur mit einer bedarfsorientierten öffentlichen Ausfinanzierung der Hochschulen in der Breite ist eine Demokratisierung der Hochschulen überhaupt machbar. Daran werden sich SPD und Grüne messen lassen müssen.

Und ein kurzes Wort zu den Exzellenzinitiativen (ugs. Eliteunis): Exzellenzmittel belohnen und festigen die unterschiedlichen Grundausstattungen der Hochschulen

und führen zu einer Elitisierung, nach dem Motto "Wer hat, dem wird gegeben". Wir wollen, dass Studieren deutschlandweit qualitativ hochwertig und mit ausreichend Studienplatzmitteln ausgestattet möglich ist. Oder noch kürzer: Breitenförderung vor Elitenbildung.

**Kurzform:**

- 1.) Hochschulräte abschaffen! Stattdessen innerhochschulische Gremien (Senat, Fakultätsräte usw.) und gesellschaftliche Kontrolle stärken!
- 2.) Demokratische Mitbestimmung innerhalb der Hochschulen durch paritätische Mitbestimmung aller Statusgruppen sichern!
- 3.) Ausfinanzierung der Hochschulen bedeutet Anhebung der Grundfinanzierung der Hochschulen auf ein gesellschaftlich gewolltes Maß! Nur so kann der fortschreitenden Privatisierung von Forschung, Wissenschaft und Lehre Einhalt geboten werden.

- **Forderung: Grundlegende Reform der "Bologna-Reform"!**

**Erklärung:** Dazu gleich zu Beginn die Faktenlage: Es gibt immer noch viel zu häufig Anwesenheitspflichten in Vorlesungen, in denen die Lehrkraft z. B. wissenschaftlich unsinnig und pädagogisch mindestens fragwürdig aus ihrem Buch vorliest. Anstelle von Fachzusammenhängen werden einzelne Themen des Studiengangs in Modulen über ein bis zwei Semester verteilt und jeweils abgeprüft. Die Prüfungen erhalten dann nach Maßgabe der Akkreditierung des Studienganges unterschiedliche Gewichtungen, sodass es vorkommen kann, dass man in drei Modulen mit einer 1.0 (zweifacher Gewichtung) und einem Modul mit einer 4.0 (16facher Gewichtung) eine 3,5 bekommt. Aufgrund des mancherorts vorherrschenden Numerus Clausus auch für Masterstudiengänge und der fast überall vorhandenen Mindestnote für den Masterzugang sind die Studierenden heute gezwungen, strategisch zu lernen. Nicht mehr das Wissen steht im Vordergrund, sondern der Zeitpunkt, zu dem man dieses Wissen abrufen kann. Dieses "Bulimielernen" ist mittlerweile der Begriff für das krankhafte Auswendiglernen und zu einem bestimmten Zeitpunkt Wiederabrufen von Wissen, von dem schlimmstenfalls schon paar Wochen später nichts mehr da ist. Hochschulbildung ist das für DIE LINKE ganz sicher nicht.

Die Bologna-Reform hatte eigentlich auch das erklärte Ziel, den Studiengang- oder Hochschulwechsel innerhalb des europäischen Bildungsraums zu vereinfachen. Die Realität hat derzeit mit diesen Zielen nichts gemeinsam. Aufgrund des Wettbewerbs der Hochschulen untereinander erschufen diese für sich jeweils eigene Studiengänge als Alleinstellungsmerkmale, als Werbeschilder ihrer Fakultäten. Das Problem dabei ist, dass nun ein solches Wirrwarr an Studiengängen mit unterschiedlichst gewichteten Modulprüfungen existiert, dass ein Hochschulwechsel allein schon innerhalb NRWs und innerhalb eines Studiengangs erschwert oder gar unmöglich gemacht ist.

Zudem kommt, dass der- oder diejenige, der oder die als Fachhochschulbachelor einen Master an einer Universität absolvieren möchte, noch vor viel höheren Problemen

steht, obwohl es seit Bologna diese vom Diplom her bekannte Unterscheidung in den Abschlüssen explizit nicht mehr gibt. Es gibt keinen FH-Bachelor oder Uni-Bachelor, keine großen oder kleinen Bachelor oder Master.

Wir als LINKE hatten dazu im Landtag NRWs viele Initiativen gestartet, die den Zugang, die Durchlässigkeit und die Mobilität der Studierenden sicherstellen sollten<sup>5</sup>. Dass es bei der gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen unter den Hochschulen dringenden Handlungsbedarf gibt, dass der Zugang zur Hochschulbildung kontinuierlich weiter ausgebaut werden muss, dass die schiere Unmenge an unterschiedlichen Studiengängen neue Anerkennungsrichtlinien benötigt und dass die gesamte deutsche Akkreditierungswirtschaft umgebaut werden und auf demokratisch mitbestimmte und politisch legitimierte Akkreditierungen aufgebaut werden muss, sind nur einige Aspekte der Bologna-Reform, die dringend geändert werden müssen.

#### **Kurzform:**

- 1.) Mobilität der Studierenden herstellen, um einen Wechsel zwischen Hochschulformen wie auch zwischen Hochschulen zu gewährleisten.
- 2.) Verschulungsformen zurückfahren, heißt Rückführung der Anwesenheitspflichten, Prüfungs- und Kontrolllast hin zu einem unterstützten eigenverantwortlichen Studium.
- 3.) Die Akkreditierungen von Studiengängen müssen mehr demokratisiert und entbürokratisiert, der Einfluss der Wirtschaft auf die Akkreditierungen zurückgedrängt werden. Die gegenseitige Anerkennung von Studienabschlüssen unterhalb der Hochschulen muss im Vordergrund stehen.

#### **DIE LINKE kämpft für "Gute Wissenschaft"!**

Gute Wissenschaft heißt für uns nicht, in die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Forschung, Lehre und Wissenschaft einzugreifen. Im Gegenteil: DIE LINKE will eine Wissenschaft, die den Menschen und der Gesellschaft verpflichtet ist und deshalb frei von wirtschaftlichen Einflüssen auf Forschungsinhalt und Forschungsergebnisse ihren Aufgaben nachgehen kann.

- **Forderung: Zivilklausel verbindlich festschreiben!**

**Erklärung:** Wir wollen, dass an Hochschulen und deren Instituten, An-Instituten und GmbHs nicht zum Leid ganzer Völker, für Krieg und Waffenindustrie geforscht und gelehrt wird. Wo keine Waffen entwickelt und keine diese einsetzenden Strategien erforscht werden, ist die Chance groß, auch keinen Krieg zu begünstigen. Deswegen wollen wir das Verbot militärisch und teilweise militärisch genutzter (dual-use) Forschung an deutschen Hochschulen verhindern. Möglich ist das jedoch nur mit einer umfassenden Auskunftspflicht der Hochschulen über etwaige Kooperationen mit Waffen- und Rüstungsindustrie gegenüber der Öffentlichkeit.

---

<sup>5</sup> <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD15-3529.pdf>  
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD15-3250.pdf>

Unsere Forderungen stützen sich auf den Artikel 13 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UNO<sup>6</sup> und dem folgenden Auszug:

*"Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Sie stimmen überein, dass die Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken muss. Sie stimmen ferner überein, dass die Bildung es jedermann ermöglichen muss, eine nützliche Rolle in einer freien Gesellschaft zu spielen, dass sie Verständnis, Toleranz und Freundschaft unter allen Völkern und allen rassischen, ethnischen und religiösen Gruppen fördern sowie die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens unterstützen muss."*<sup>7</sup>

**Kurzform:**

- 1.) Wissenschaft, Forschung und Lehre müssen dem Frieden dienen, nicht der Zerstörung, dem Krieg und den damit verbundenen wirtschaftlichen Interessen!
- 2.) Die Forschungsk Kooperationen der Hochschulen mit der Wirtschaft, aber auch die hochschuleigene Forschung müssen gesellschaftlich kontrollierbar sein!
- 3.) Zivilklauseln und Forschungsfolgenevaluationen müssen zwingend in den Grundordnungen der Hochschulen festgeschrieben werden!

• **Forderung: Freier Zugang zu Forschungsergebnissen und Forschungsdaten!**

**Erklärung:** Zur Zeit ist es so, dass z. B. im Bereich der medizinischen oder pharmazeutischen Forschung schnell Gewissenskonflikte zwischen günstigen Produkten mit geringem wirtschaftlichen Gewinnaussichten aber mit großem Therapiepotential und teureren Produkten mit entsprechend höherem Gewinn einstellen können. Der Tamiflu-Skandal<sup>8</sup>, aber auch der Abriss des wahrscheinlich Menschenleben rettenden aber unrentablen Krebsbehandlungsapparats<sup>9</sup> (Linearbeschleuniger) in Kiel<sup>10</sup> zeigt, dass wirtschaftliche Entscheidungen sich nicht mit unserem Gesundheitsempfinden vereinbaren lassen. Fakt ist: Tausenden Patient\_innen wird eine vielversprechende Behandlung aufgrund ihrer wirtschaftlichen Kosten vorenthalten oder es werden Medikamente zur Gewinnmaximierung verschrieben, die weder ausreichend überprüft noch unabhängig auf ihr Risiko bewertet wurden (z. B. Tamiflu).

DIE LINKE meint, dass private Investoren nicht aus wirtschaftlichen Gründen Medizin, Forschung und Wissenschaft beeinflussen dürfen. Weder sollen sie Forschungsergebnisse vorenthalten können, noch dürfen sie Medizin und Krankheiten der Menschen als Renditeobjekte behandeln, geschweige denn Investoren eine "Extra-behandlung" zu Gute kommen lassen.

---

<sup>6</sup> Originaltext: <http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CESCR.aspx>

<sup>7</sup> Übersetzung: <http://www.admin.ch/ch/d/sr/i1/0.103.1.de.pdf>

<sup>8</sup> <http://www.dielinke->

[nrw.de/nc/partei/gremien/vorstand/detailansicht\\_der\\_newsvorstand/zurueck/beschuesse-landesvorstand/artikel/antrag-wirkung-unbekannt/](http://www.dielinke-nrw.de/nc/partei/gremien/vorstand/detailansicht_der_newsvorstand/zurueck/beschuesse-landesvorstand/artikel/antrag-wirkung-unbekannt/)

<sup>9</sup> <http://www.dradio.de/aod/?station=1&broadcast=179926&datum=20130428&playtime=1367159405&fileid=4ed9ebfc&sendung=179926&beitrag=2074238&>

<sup>10</sup> <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/wib/2074238/>

Auch müssen Behörden und Zulassungsstellen ihre Entscheidungsgrundlagen offenlegen, um so Korruption und Einflussnahme auf Entscheidungsträger\_innen zu verhindern. Generell sollten alle Forschungsergebnisse, auch die fehlgeschlagener Experimente, mit Nennung von Auftraggeber und Forschungsziel veröffentlicht werden, damit eine demokratische Kontrolle der Forschung überhaupt möglich ist. Nur so lässt sich ein neuer Tamiflu-Skandal verhindern. Nur so können Lehre, Wissenschaft und Forschung vor der privatwirtschaftlichen Einflussnahme wirksam geschützt werden – und damit auch wir alle vor den Forschungsfolgen.

**Kurzform:**

- 1.) DIE LINKE kämpft für die von privatwirtschaftlichen Interessen unabhängige Forschung, Wissenschaft und Lehre.
- 2.) Der freie Zugang zu Forschungsergebnissen (open access<sup>11</sup>) und den ihnen zugrunde liegenden Daten (open data<sup>12</sup>) muss deshalb sichergestellt werden.

**DIE LINKE kämpft für "Gute Arbeit"!**

Auf dem Landesrat am 20. April 2013 haben wir in NRW uns klar für den massiven Ausbau von tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen an den Hochschulen ausgesprochen, denen man das Prädikat "gute Arbeit" zuerkennen könnte. Wörtlich heißt es im Beschluss:

*"Gute Arbeit heißt für uns, dass bestehende und zukünftige Arbeitsverhältnisse an Hochschulen tariflich über den Öffentlichen Dienst abgesichert werden müssen. Auch die Arbeitsverträge für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des nichtwissenschaftlichen Bereichs und in den Studentenwerken müssen entprekariert, d.h., sie müssen zu sozialversicherungspflichtigen Dauerbeschäftigungsverhältnissen werden. Auch für studentische und wissenschaftliche Hilfskraftstellen muss das Prädikat "gute Arbeit" gelten! Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte benötigen eine Personalvertretung, mindestens einjährige Vertragslaufzeiten für ihre Stellen und die Durchsetzung des gesetzlichen Mindesturlaubsanspruchs. Dementsprechend müssen alle Beschäftigten in den Tarifvertrag der Länder (TV-L) eingruppiert werden.*

Aufgrund des jahrzehntelangen und immer noch andauernden massiven Finanzierungsproblems der Hochschulen und der immer weiter um sich greifenden Unternehmenskultur gerade auch in Bezug auf die Arbeitsplätze und -verhältnisse ist es wichtiger denn je, den Finger tief in die Wunde des Hochschulsystems zu legen. Unser hierarchisch ausgerichtetes, professorales Hochschulsystem schafft zur Zeit nicht den Umbau auf die geänderten gesellschaftlichen Bedürfnisse nach Hochschulbildung, freier Forschung und Wissenschaft. Zudem kommen die gestiegenen Studierendenzahlen und die Förderalismusreform, die den Bund aus der Verantwortung für die Hochschulen des Landes entlassen hat. Die sogenannte Hochschulfreiheit (nicht zu verwechseln mit der Wissenschaftsfreiheit), niedergeschrieben in den Hochschulgesetzen der Länder, zwingt die Hochschulen rein marktwirtschaftlich zu handeln. So sind denn auch mittlerweile neun von zehn Hochschulbeschäftigten in sogenannter prekärer Beschäftigung<sup>13</sup>, im Jahr 2000 waren es noch hohe 79 Prozent. Die

---

<sup>11</sup> <http://www.open-access.net/>

<sup>12</sup> <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/opendata/>

<sup>13</sup> [http://www.buwin.de/site/assets/files/1002/6004283\\_web\\_verlinkt.pdf](http://www.buwin.de/site/assets/files/1002/6004283_web_verlinkt.pdf)

Stellen sind in der Regel befristet und in Teilzeit. Wir wollen zusammen mit den Unterstützer\_innen das **Templiner Manifest** der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) umsetzen. Die **Forderungen** des Wahlprogramms sind auch unsere und lauten wie folgt:

### **Templiner Manifest**<sup>14</sup>

Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind mit wachsenden Anforderungen konfrontiert: durch steigende Studierendenzahlen, durch die Reform der Studiengänge, eine autonome Steuerung der Einrichtungen und die zunehmende Bedeutung der Drittmittelwerbung. Diesen Anforderungen müssen sich die Beschäftigten in der Wissenschaft stellen, ohne dass sie aufgabengerechte Bedingungen vorfinden. Befristete Arbeitsverträge und weitere Formen atypischer und prekärer Beschäftigung betreffen immer mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Vielen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern werden selbstständige Forschung und Lehre und verlässliche berufliche Perspektiven verwehrt.

Doch gute Lehre und Forschung auf der einen Seite sowie gute Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven auf der anderen sind zwei Seiten einer Medaille. Wir fordern daher Bund, Länder und Hochschulen zu einer Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung auf, die sich an den folgenden zehn Eckpunkten orientiert.

#### **1. Promotionsphase besser absichern und strukturieren**

Wir verstehen die Promotion als erste Phase wissenschaftlicher Berufsausübung. Für Doktorandinnen und Doktoranden fordern wir daher ausreichend tarifvertraglich geregelte Beschäftigungsverhältnisse zur Qualifikation mit Sozialversicherungsschutz, die mindestens drei Viertel der Arbeitszeit für die eigenständige Qualifikation vorsehen. Fächerübergreifende Graduiertenzentren sollen alle Promovierende bei der Aufnahme, Durchführung und dem erfolgreichen Abschluss des Promotionsvorhabens unterstützen. Wir treten für mehr Transparenz und soziale Gerechtigkeit beim Zugang zur Promotion ein – auch für Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen.

#### **2. Postdocs verlässliche Perspektiven geben**

Promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Postdocs) müssen verlässliche berufliche Perspektiven haben: durch einen Tenure Track, der den dauerhaften Verbleib in Hochschule und Forschung ermöglicht – unabhängig davon, ob eine Berufung auf eine Professur erfolgt oder nicht. Voraussetzung dafür ist eine systematische Personalplanung und -entwicklung durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Hochschullehrerlaufbahn muss über unterschiedliche Karrierewege erreichbar sein, die Habilitation ist dabei immer nur eine Möglichkeit.

#### **3. Daueraufgaben mit Dauerstellen erfüllen**

Neben Stellen zur Qualifikation und Professuren benötigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausreichend Stellen, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit unbefristeten Verträgen Wissenschaft als Beruf ausüben können. Nur so lassen sich die Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement mit der erforderlichen Kontinuität und Qualität erfüllen. Und nur dann eröffnen sich qualifizierten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern berufliche Perspektiven auch neben der Professur.

---

<sup>14</sup> [http://www.gew.de/Templiner\\_Manifest.html](http://www.gew.de/Templiner_Manifest.html)

#### **4. Prekäre durch reguläre Beschäftigung ersetzen**

Viele Hochschulen lassen unter großem finanziellen Druck einen erheblichen Teil ihrer Pflichtlehre von Lehrbeauftragten erbringen. Mit der Ausbeutung von Dumping-Lehrkräften muss Schluss sein! Dort, wo Lehrbeauftragte dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben wahrnehmen, müssen diese sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse erhalten. Soweit zur Ergänzung des Lehrangebots Lehraufträge sinnvoll sind, müssen Mindeststandards im Hinblick auf Bezahlung, Vertragsdauer und Verlängerungsoption gelten.

#### **5. Im Gleichgewicht lehren, forschen und leben**

Wissenschaft ist ein normaler Beruf, auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben ein Recht auf eine Work-Life-Balance. Das setzt eine familiengerechte Gestaltung von Hochschule und Forschung voraus. Dabei gehen wir von einem breiten Familienverständnis aus, das alle Lebensgemeinschaften einschließt, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir fordern bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder, die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Beschäftigten mit betreuungs- und pflegebedürftigen Angehörigen und die Realisierung entsprechender Arbeitszeitmodelle.

#### **6. Ausgeglichenes Geschlechterverhältnis durchsetzen**

Da Frauen in leitenden Funktionen des Wissenschaftsbetriebs unterrepräsentiert sind, brauchen wir wirksame Maßnahmen, um den Anteil der Frauen auf allen Stufen der wissenschaftlichen Laufbahn mit dem Ziel eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses zu erhöhen. Die Qualität der Arbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss danach beurteilt werden, mit welchem Erfolg sie den Gleichstellungsauftrag erfüllen. Wir fordern eine verbindliche und mit Sanktionen verknüpfte Quotierung, auch bei der Besetzung von Professuren und Leitungsfunktionen. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen wirksame Gestaltungsmöglichkeiten und Beteiligungsrechte.

#### **7. Gleichberechtigt mitbestimmen**

Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen demokratisiert, die Selbstverwaltung muss gestärkt werden. Alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen unabhängig vom Status in Hochschulgremien beziehungsweise Aufsichtsgremien der Forschungseinrichtungen auf Augenhöhe gleichberechtigt mitbestimmen können. Das gilt auch für neue Organisationsformen wie Graduiertenschulen oder Exzellenz-Cluster. Wir fordern eine Ausdehnung des Geltungsbereichs der Personalvertretungsgesetze bzw. des Betriebsverfassungsrechts auf alle Beschäftigten sowie einen Ausbau der Rechte der von ihnen gewählten Personalvertretungen und Betriebsräte – auch als Konsequenz der größeren Autonomie der Einrichtungen in Wirtschafts- und Personalangelegenheiten.

#### **8. Mobilität fördern, nicht bestrafen**

Wir treten für Bedingungen in der Wissenschaft ein, die Mobilität ermöglichen: zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, im europäischen und globalen Hochschul- und Forschungsraum sowie zwischen Wissenschaft und Praxis. Altersversorgungs- und Sozialversicherungsansprüche müssen uneingeschränkt erhalten, Erfahrungszeiten bei anderen Einrichtungen und Qualifikationen anerkannt werden. Gleichzeitig gilt: Auch wer nicht mobil sein will oder kann, muss eine faire Chance in der Wissenschaft haben.

## **9. Hochschule und Forschung bedarfs- und nachfragegerecht ausbauen**

Die wachsenden Anforderungen an Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement sind auf Dauer nur durch einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu bewältigen. Dazu brauchen wir mehr Studienplätze, ein besseres Betreuungsverhältnis und eine intensivere Forschung, um den gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

## **10. Alle Beschäftigungsverhältnisse tarifvertraglich aushandeln**

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie studentische Beschäftigte haben Anspruch auf tarifvertraglichen Schutz. Wir fordern daher die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des öffentlichen Dienstes auf alle Beschäftigten in Hochschule und Forschung. Wir treten für wissenschaftsspezifische Regelungen ein, die den besonderen Anforderungen des Arbeitsplatzes Hochschule und Forschung Rechnung tragen. Der Gesetzgeber muss die Tarifautonomie von Gewerkschaften und Arbeitgebern respektieren und das Verbot, Regeln zur Befristung von Arbeitsverträgen in Hochschule und Forschung auszuhandeln und anzuwenden, aufheben. Daher fordern wir die ersatzlose Streichung der Tarifsperrung im Wissenschaftszeitvertragsgesetz.

### **Kurzform (stark verkürzt):**

- 1.) Einrichtung von Dauerstellen für Daueraufgaben, dabei aber die unterschiedlichen Anforderungen der Studierenden, des wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals und der Lehrenden berücksichtigen!
- 2.) Tarifliche Bindung aller Stellen im Hochschulwesen – auch in angegliederten oder ausgelagerten Instituten!
- 3.) Gleichstellung vorantreiben mittels Kaskadenmodell<sup>15 16</sup>!

Explizit erwähnt werden muss, dass der Zugang zu hochschulischer Beschäftigung immer noch hohe Hürden für Frauen, Eltern, chronisch Kranken, Behinderten oder deren Angehörigen bereithält. Dabei ist es völlig egal, ob es sich um Studierende, Professor\_innen, wissenschaftliches oder nichtwissenschaftliches Personal handelt. **DIE LINKE will, dass sich die Hochschulen an den individuellen sozialen, körperlichen, gesundheitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen ihrer Beschäftigten und der Gesellschaft ausrichten.**

---

<sup>15</sup> [http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/gleichstellung\\_von\\_frauen.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2008/gleichstellung_von_frauen.pdf)

<sup>16</sup> <http://www.gesis.org/cews/fileadmin/cews/www/download/cews-Position4.pdf>

## **DIE LINKE.NRW im Hochschulwahlkampf**

---

Anhand der vorstehenden Erläuterungen sollte klar werden: DIE LINKE will nicht nur **soziale und gesellschaftliche Ungerechtigkeit aus dem Hochschulsystem verbannen** sondern will der Gesellschaft eine alternative Zukunft anbieten, in der die Menschen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen zum **Wohle der Gesellschaft studieren, forschen und arbeiten** können. Im Gegensatz zu anderen Parteien machen wir Ernst mit unseren Forderungen nach einer **friedlichen Zukunft**. Hochschulen und die an ihnen betriebene Forschung müssen sich an den Inhalten des ratifizierten Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der UNO halten. DIE LINKE ist konsequent auch im Hochschulsystem die eine Friedenspartei.

Natürlich müssen, um **"Ein gutes Leben für Alle"** gewährleisten zu können, auch Rahmenbedingungen wie der kostenlose ÖPNV<sup>17</sup>, massive Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und in die Studentenwerke<sup>18</sup> oder die Einführung der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung<sup>19</sup> stimmen. Das kann hier allerdings nicht ausgeführt werden.

**Klar sollte spätestens jetzt aber sein, dass wir, DIE LINKE. NRW, auch 2013 für freie Lehre, Forschung und Wissenschaft - für "gute Arbeit", "gute Lehre", "gutes Studium" und ein "gutes Leben" für alle kämpfen!**

---

<sup>17</sup> [http://www.dielinke-nrw.de/archiv/wahlkampf\\_2012/wahlprogramme/kurzwahlprogramm/](http://www.dielinke-nrw.de/archiv/wahlkampf_2012/wahlprogramme/kurzwahlprogramm/)

<sup>18</sup> [http://www.dielinke-nrw.de/nc/politik/nachrichten/detail\\_nachrichten/zurueck/nachrichten-1/artikel/gute-und-bezahlbare-wohnungen-fuer-alle-1/](http://www.dielinke-nrw.de/nc/politik/nachrichten/detail_nachrichten/zurueck/nachrichten-1/artikel/gute-und-bezahlbare-wohnungen-fuer-alle-1/)

<sup>19</sup> <http://www.die-linke.de/politik/themen/ablage/themenaz/ad/buergerversicherung/>